

Gehälter

Raab am Equal Pay Day: „Gleichstellung kann nicht vom Bund alleine gelöst werden“



Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, Susanne Raab (ÖVP) [APA](#) / [APA](#) / [Eva Manhart](#)

14.02.2024 um 11:25

Die SPÖ fordert von der Regierung die Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie sowie einen gratis ganztägigen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Lebensjahr.

Werbung





Gleichstellung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt könne „nicht vom Bund alleine gelöst werden“, betont Frauenministerin **Susanne Raab** (ÖVP) am heutigen Equal Pay Day. Sozialpartner, Unternehmen und Betriebsräte müssten ihren Beitrag leisten und noch enger als bisher zusammenarbeiten, appellierte sie für „Anstrengungen auf allen Ebenen“. Bei der Kinderbetreuung seien Länder und Gemeinden gefragt.

Vergleicht man ihr Gehalt mit jenem der Männer, müssen Frauen von Jahresbeginn bis zum heutigen 14. Februar symbolisch gratis arbeiten, der Gender Pay Gap liegt bei 12,4 Prozent. Teilzeitberufe aufgrund von familiären Engagements oder Tätigkeiten in schlechter bezahlten Branchen würden zur Gehaltsschere beitragen, meinte die Ministerin in einer Aussendung. „Hier sind alle gefragt, die Länder und Gemeinden bei der Kinderbetreuung und die Unternehmen, wenn es um den Frauenanteil geht.“ Positiv hob sie einmal mehr die Maßnahmen des Bundes hervor - so gibt es etwa 4,5 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung bis 2030. Auch brauche es mehr Frauen in Führungspositionen, der Bund gehe bei Aufsichtsräten in staatsnahen Unternehmen mit gutem Beispiel voran.

Raab will bei Mädchen und jungen Frauen außerdem mehr Bewusstsein für besser bezahlte Jobs im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) schaffen. Dass es allerdings auch in MINT-Berufen einen Gender Pay Gap gibt, rechnete kürzlich das gewerkschaftsnahe Momentum-Institut vor - drei Jahre nach einem Masterabschluss im Bereich Ingenieurwesen, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe liege dieser demnach bei 16 Prozent.

Raab drängt auf automatisches Pensionsplitting

Weiter drängt Raab außerdem auf die Umsetzung des im Koalitionsabkommen verankerten automatischen Pensionssplittings. Das derzeitige Modell, wobei der erwerbstätige Elternteil Teile seiner Kontogutschrift freiwillig an den erziehenden Elternteil übertragen kann, wird nur wenig in Anspruch genommen. „Unser Vorschlag dazu liegt seit langer Zeit beim Koalitionspartner und es ist für mich unverständlich, dass man etwas dagegen haben kann, wenn die Pensionsansprüche zwischen Müttern und Vätern fair verteilt werden“, kritisierte die Ministerin. Die Grünen wollen allerdings ein größeres Paket zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen.

Kritik an Raab kommt von der SPÖ. „Wo bleibt die Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie?“, fragte Frauenvorsitzende **Eva-Maria Holzleitner**, in einer Pressemitteilung. „Susanne Raab stellt sich allen Vorschlägen gegenüber taub.“ Die Vorschläge der Sozialdemokratinnen beinhalten Halbe-Halbe bei der Karenz und einen Rechtsanspruch auf einen gratis ganztägigen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. (APA)

Lesen Sie mehr zu diesen Themen:

- [Innenpolitik](#)